

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Steuergerechtigkeit“



Stefan Zimkeit
(SPD)



Dr. Marcus Optendrenk
(CDU)

Die Verteilung der Steuerlast in Deutschland ist ...

... in seiner progressiven Ausgestaltung richtig. Starke Schultern tragen mehr als schwache. Gleichwohl gilt für uns bei allen Debatten um Steuersenkungen immer, dass vor allem die kleinen und mittleren Einkommen entlastet werden müssen. Außerdem müssen besonders hohe Vermögen und Einkommen stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls einbezogen werden.

... immer wieder auf den Prüfstand zu stellen. So müssen insbesondere kleine und mittlere Einkommen entlastet werden. Gleiches gilt für Familien, die das Fundament unserer Gesellschaft bilden. Auch die Abflachung des sogenannten Mittelstandsbauchs im Tarifanstieg ist ein wichtiger Schritt für eine gerechtere Steuerlastverteilung.

Steuergerechtigkeit ist ...

... vor allem dank der Initiativen des NRW-Finanzministers ein ständiges Thema in der Öffentlichkeit. Die SPD-Landtagsfraktion hat deutlich gemacht, dass es nicht sein kann, dass der Bäcker um die Ecke ordnungsgemäß seine Steuern zahlt und Konzerne wie Starbucks, Amazon und Co. durch das Verschieben von Gewinnen letztlich keinen Cent zur Finanzierung des Staates beitragen. Solche Entwicklungen gilt es zu stoppen.

... nicht mehr als ein leeres Versprechen, wenn in unseren Finanzämtern über 1.000 Stellen nicht besetzt sind. Nicht nur die Steuergewerkschaft kommt zu dem Ergebnis, dass unter der aktuellen Personalsituation auch die Steuergerechtigkeit in NRW leidet. Das steht in einem deutlichen Widerspruch zu den vielen Ankündigungen und Versprechungen der Landesregierung, für mehr Steuergerechtigkeit einzutreten.

Zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung ...

... müssen auch andere Bundesländer dem Vorbild von NRW folgen. Es darf nicht sein, dass durch die Ausdünnung bei der Betriebsprüfung, beispielsweise in Bayern, Standortpolitik betrieben wird. Steuerhinterziehung kostet den Staat und seine Bürger jährlich einige Milliarden Euro, die für wichtige Zukunftsaufgaben fehlen. Deshalb werden wir auch in Zukunft die Finanzverwaltung stärken.

..., Steuerumgehung und unsozialer Besteuerung unterstützen wir die Initiativen des Bundesfinanzministers. Deutschland gehört wegen seiner beharrlichen Arbeit im Kabinett, in Europa, in der OECD und G 20 zu den Vorreitern. Seit Wolfgang Schäuble Bundesfinanzminister ist, hat Deutschland auf diesem Feld mehr erreicht als die 30 Jahre davor. Das schließt besonders die Zeit von 1998 bis 2009 ein.

Die Finanzverwaltung ...

... hat als Einnahmenbehörde für das Land eine wichtige Aufgabe. In der Regierungszeit von Rot-Grün haben wir die Einstellungszahlen mehr als verdoppelt. Diesen Kurs werden wir fortsetzen. Mit dem Projekt „Zukunft der Finanzverwaltung“ setzt das Finanzministerium wichtige Impulse, um diese als Arbeitgeber attraktiv zu halten. Nur mit gut ausgebildeten Beschäftigten ist der Kampf gegen Steuerbetrug weiter effektiv zu führen.

... ist die Einnahmeverwaltung unseres Landes. Ziel muss es sein, sie für die Zukunft zu rüsten und gut aufzustellen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der nordrhein-westfälischen Finanzverwaltung leisten hervorragende Arbeit. Sie haben trotz ausufernder Steuergesetzgebung unter Beweis gestellt, dass sie in der Lage sind, sich neuen Herausforderungen mit Erfolg zu stellen.



Martin-Sebastian Abel
(GRÜNE)



Ralf Witzel
(FDP)



Nicolaus Kern
(PIRATEN)

... ungerecht! Kleine und mittlere Einkommen werden überproportional belastet. Wir wollen eine deutliche Entlastung zum einen durch eine höhere Besteuerung von Vermögen und zum anderen durch eine Reduzierung der Abgablast.

... regional unterschiedlich und insgesamt differenziert zu betrachten. Fakt ist, dass mehr als 55 Prozent der progressiv ausgestalteten Einkommensteuer von den oberen 10 Prozent der Einkommensteuerpflichtigen geleistet werden. Ungerecht ist, dass der Staat sich durch die Kalte Progression weiterhin bei allen Steuerzahlern zunehmend bedient und 30 Jahre nach der Einheit immer noch einen Soli abkassiert.

... sozial ungerecht! Seit der Aussetzung der Vermögensteuer im Jahr 1997 und der Erbschaftsteuerreform aus dem letzten Jahr voller Ausnahmetatbestände, ist Vermögen in Deutschland praktisch keinerlei Besteuerung unterworfen. Das führt dazu, dass Deutschland mittlerweile die höchste Vermögensungleichheit im Euroraum aufweist. Das ist ein Skandal!

... nur teilweise gegeben: Wer über findige BeraterInnen oder die finanziellen Möglichkeiten verfügt, kann Schlupflöcher in unserem System nutzen. Wir brauchen europäische Mindeststeuersätze für Unternehmen und gemeinsame Regeln. Steuerdumping innerhalb der EU und Lizenzmodelle schaden dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und unserem Mittelstand. Wir wollen ein faires und einfacheres Steuersystem.

... ein zentrales Ziel unserer Politik. Wir kritisieren daher, dass junge Familien durch die von Rot-Grün nahezu verdoppelte Grunderwerbsteuer am Wohneigentumskauf gehindert werden, während große Investoren oft völlig steuerfrei bleiben. Gerechtere wäre es, in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen eine Entlastung von Bürgern und Betrieben vorzunehmen. Auch die Kommunalsteuern sind in NRW bundesweit leider am höchsten.

... absolut wichtig in einer Demokratie. Wenn man sich die bestehenden Regelungen zu Vermögen-, Erbschaft- und Einkommensteuer und dann noch die internationalen Doppelbesteuerungsabkommen ansieht, kann man nicht mehr von Steuerschlupflöchern sprechen, sondern von einer sechsspurig ausgebauten Autobahn ins Steuerparadies für Kapital und Konzerngewinne.

... haben wir viel erreicht, etwa durch zusätzliche Betriebs- und Außenprüfungen und die Verhinderung des Steuerabkommens mit der Schweiz. Auf Bundesebene dürfen striktere Transparenz- und Meldevorschriften nicht blockiert werden. Zudem brauchen wir 2.000 zusätzliche Stellen bei der Finanzverwaltung. 250 haben wir mit dem letzten Haushalt bereits realisiert.

... ist eine gut ausgestattete und motivierte Finanzverwaltung wichtig. Windige Deals mit dubiosen Datendieben sind im Rechtsstaat keine Alternative dazu. In NRW sind leider 1.000 Stellen in Finanzämtern nicht besetzt, da Leistungsträger das Finanzamt verlassen. Rot-Grün demotiviert Beamte durch eine verfassungswidrige Frauenquote, durch deren Klagen über Jahre etliche Beförderungsstellen gesperrt sind.

... brauchen wir eine personell gut aufgestellte Finanzverwaltung mit einer IT-Ausstattung auf der Höhe der Zeit. Zudem müssen die Ausbildungskapazitäten der Landesfinanzverwaltung dringend ausgebaut werden, um die demografiebedingten Abgänge in den nächsten Jahren zu kompensieren.

... sichert die Einnahmehasis des Landes und ist der Schlüssel für Steuergerechtigkeit. Unser Dank gilt daher den Beschäftigten, die durch ihren täglichen Einsatz das Funktionieren unseres Gemeinwesens gewährleisten! Damit NRW auch weiterhin Vorreiter in Sachen Steuergerechtigkeit bleibt, setzen sich GRÜNE für zusätzliche Stellen bei Steuerverwaltung und -fahndung ein.

... muss dafür sorgen, dass Steuern von Bürgern und Betrieben in NRW korrekt und gerecht gezahlt oder erstattet werden. Sie schafft mit den öffentlichen Einnahmen die Grundlage für die Handlungsfähigkeit des Staates, zum Beispiel bei der Finanzierung von Bildung und Polizei. Moderne Technik und ein einfacheres Steuerrecht würden schnellere Bearbeitungszeiten ermöglichen und Bürgern das Leben erleichtern.

... ist das Herzstück des Steuervollzugs. Sie ist aber darauf angewiesen, dass die Politik den zahlreichen Steuergestaltungsmöglichkeiten, wie z.B. Share-Deals bei der Grunderwerbsteuer, endlich einen Riegel vorschiebt.